

Arbeitslosigkeit: Förderung bevorzugt Jüngere	2
Vereinbarkeit: Familienfreundliche Regelungen eher selten	3
Eurokrise: Banken brachten die Krise nach Europa	4
Umwelt: Weniger Wochenstunden, weniger CO <sub>2</sub>	5
Mitbestimmung: Vertretung auf Branchen- und Betriebsebene – der aktuelle Stand	6
Einkommen: Mehr Niedriglöhne als die Nachbarn	7
TrendTableau	8

## EINKOMMENSVERTEILUNG

# Jobwunder korrigiert Ungleichheit nicht

Die Ungleichheit der Einkommen ist seit 2005 nicht weiter angestiegen, besagen einige Statistiken. Angesichts der starken Beschäftigungszunahme wäre dies keine Überraschung, urteilt das IMK. Eigentlich hätten die Einkommensunterschiede kleiner werden müssen.

Das zu erwartende Ergebnis wäre „ein deutlich sichtbarer Rückgang gewesen“, konstatieren die IMK-Forscher Ulrike Stein und Kai Daniel Schmid – angesichts der jüngsten „enorm guten Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt“. \* Weil viele Arbeitslose eine bezahlte Beschäftigung gefunden haben, hätten die Einkommensdifferenzen in Deutschland erheblich abnehmen müssen, so die Wissenschaftler. Nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer von vielen Wissenschaftlern genutzten, jährlich wiederholten Befragung von rund 12.000 Haushalten, hat die Ungleichheit seit 2005 nicht weiter zugenommen. Der zuletzt beobachtete Rückgang sei statistisch aber nicht signifikant, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung festgestellt.

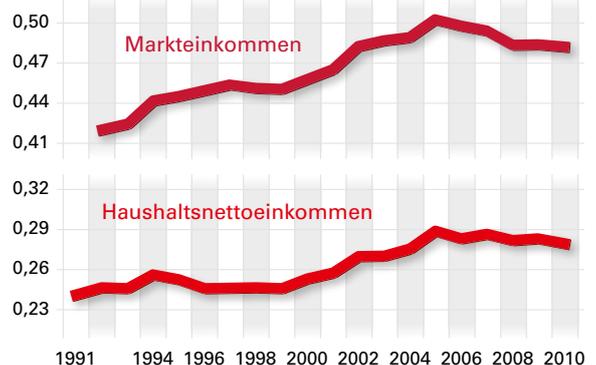
Als einen wichtigen Indikator für die Einkommensunterschiede verwendet das IMK, das ebenfalls mit dem SOEP arbeitet, den so genannten Gini-Koeffizienten. Er kann Werte zwischen Null und Eins annehmen, wobei Null für eine vollständig egalitäre Verteilung steht und Eins für maximale Ungleichheit – in diesem Fall entfallen alle Einkommen auf eine Person. In Deutschland ist der Gini-Koeffizient der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen von 1992 bis 2005 von 0,25 auf 0,29 gestiegen. Bis zum Jahr 2010 ist er wieder um ein Hundertstel gesunken – gemessen an der Verschiebung der Einkommensrelationen in den 15 Jahren zuvor eine bescheidene Korrektur, so die Verteilungsexperten.

Zudem weist das IMK darauf hin, dass ein anderer Trend nicht gebrochen ist: Die Umverteilung durch Sozial- und Steuerpolitik geht zurück. Seit Ende der 1990er-Jahre lässt der soziale Ausgleich nach, „besonders deutlich seit 2003“. Im Jahrzehnt vor der Jahrtausendwende war dies noch anders. Die zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen schlug damals dank Umverteilung nicht wesentlich auf die Differenzen der Nettoeinkommen durch.

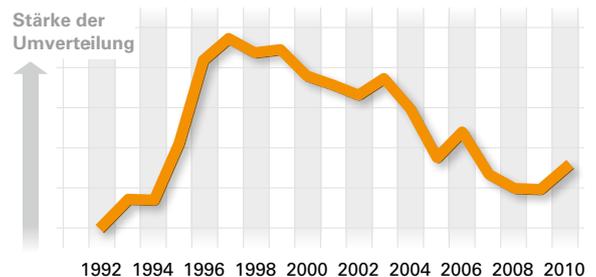
Dass die Ungleichheit der Markteinkommen hierzulande seit 2007 nicht weiter zugenommen hat, liegt OECD-Statistiken zufolge auch daran, dass die Summe der Lohneinkommen in den Krisenjahren deutlich stärker gewachsen

### Staatlicher Ausgleich fehlt

In Deutschland entwickelte sich die Ungleichheit\* der ...



### So wirkte die staatliche Umverteilung ...



\* Gini-Koeffizient, 0 = vollkommen egalitär, 1 = maximal ungleich  
Quelle: Schmid u.a. 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

ist als die der Kapitaleinkünfte. Langfristig, so Stein und Schmid, spreche jedoch einiges für eine Verfestigung der Einkommensungleichheit. So sinkt die Lohnquote tendenziell, und die Lohnspreizung nimmt nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das sich auf die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit stützt, weiter zu. Zudem ist der Niedriglohnssektor laut Arbeitsagentur von 1999 bis ins Jahr 2010 – mit nur einer einzigen Ausnahme im Krisenjahr 2009 – kontinuierlich gewachsen. ◀

\* Quelle: Kai Daniel Schmid u.a.: IMK Verteilungsmonitor, Einkommensverteilung in Deutschland 1991–2010, Mai 2013  
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Förderung bevorzugt Jüngere

Weil mit der Erwerbsbeteiligung auch die Arbeitslosigkeit unter Älteren zunimmt, gelangen mehr Arbeitslose ab 60 in Fördermaßnahmen. Sie erhalten im Schnitt allerdings weniger Förderung als die Jüngeren.

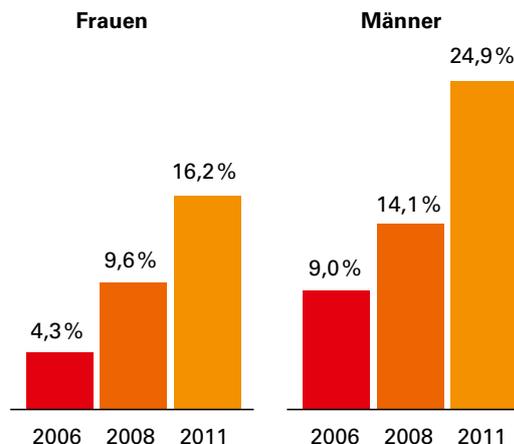
Dass Beschäftigte gezwungen sind, immer länger zu arbeiten, bringt auch neue Herausforderungen für die Förderung und Vermittlung von Arbeitslosen mit sich. Inwieweit sich die geänderte Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung in der Praxis der Arbeitsmarktpolitik widerspiegelt, haben Sarah Mümken und Martin Brussig vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) untersucht.\* Gefördert haben ihre Studie die Hans-Böckler-Stiftung und das Forschungsnetzwerk Alterssicherung.

Die Wissenschaftler haben für ihre Analyse die Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit ausgewertet, die Maßnahmen an so genannten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen dokumentiert. Dazu gehören beispielsweise Weiterbildung, Eingliederungszuschüsse oder Ein-Euro-Jobs. Den Berechnungen der IAQ-Forscher zufolge hat sich der Anteil der Teilnehmer ab 60 tatsächlich deutlich erhöht: Im Jahr 2006 waren von den nach Sozialgesetzbuch III (SGB III) geförderten Männern in der Altersgruppe zwischen 55 und 64 Jahren 9 Prozent über 59 Jahre alt. Fünf Jahre später lag diese Quote bei knapp einem Viertel. Unter den Frauen vervierfachte sich der Anteil von 4 auf 16 Prozent. Auch bei den Maßnahmen nach SGB II, die sich an Langzeitarbeitslose richten, stieg der Anteil der Über-59-Jährigen zwischen 2006 und 2011 an: von 11 auf 18 Prozent unter den männlichen und von 8 auf 14 Prozent unter den weiblichen Teilnehmern zwischen 55 und 64 Jahren.

Arbeitslose über 59 würden also verstärkt gefördert, schreiben Mümken und Brussig. Zugleich sei aber auch die Zahl der Älteren ohne Job erheblich gestiegen. Um diesen Effekt zu berücksichtigen, haben die Wissenschaftler die Teil-

## Unterstützung für Über-59-Jährige

Von den geförderten Arbeitslosen\* zwischen 55 und 64 Jahren waren älter als 59 Jahre ...



\* nach Sozialgesetzbuch III  
Quelle: Mümken, Brussig 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

nahme an arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zur Zahl der Arbeitslosen ins Verhältnis gesetzt. Dabei zeigt sich eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Altersgruppen: Auf jeden Arbeitslosen unter 25 entfielen im Jahr 2011 durchschnittlich 1,67 Maßnahmen. Bei den Über-59-Jährigen ergibt sich hingegen ein Verhältnis von 0,13. Auch bei der Förderdauer liegen die Älteren zurück: Über alle Altersgruppen haben Arbeitslose im Schnitt 182 Tage an Maßnahmen teilgenommen, bei den Älteren waren es 48 Tage – ein „deutlicher Rückstand“, der gegenüber 2006 noch zugenommen habe, so die Forscher.

Um die Beschäftigungssituation von Älteren wirklich zu verbessern, müsste die Politik freilich nicht nur für mehr Förderung sorgen, sondern auch „eine effektive und qualitativ angemessene Umsetzung“ gewährleisten, beispielsweise durch Vermittlung in dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder hochwertige Weiterbildungen. ◀

\* Quelle: Sarah Mümken, Martin Brussig: Die Arbeitsmarktpolitik wendet sich Älteren zu, Altersübergangs-Report 2/2013  
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

## Atypische Beschäftigung

### Befristung macht unzufrieden

Befristete Arbeitsverträge sind insbesondere unter jungen Beschäftigten weit verbreitet. Was das für das Wohlbefinden der Betroffenen bedeutet, ist umstritten: Empirische Studien seien bisher nicht zu eindeutigen Ergebnissen gekommen, schreiben Adrian Chadi und Clemens Hetschko. Die Ökonomen von der Universität Trier und der Freien Universität Berlin haben einen neuen Ansatz entwickelt,

die Auswirkungen befristeter Beschäftigung auf die Arbeitszufriedenheit zu bestimmen. Bislang, so ihre Kritik, habe die Forschung den so genannten „Honeymoon-Effekt“ vernachlässigt: Ein neuer Arbeitsplatz erhöht demnach für kurze Zeit die Zufriedenheit. Dass befristet Beschäftigte häufiger den Job wechseln als Beschäftigte in Normalarbeit, verzerrt ihre Zufriedenheitswerte. Bei ihrer eigenen Analyse, die auf

Daten des Sozio-oekonomischen Panels basiert, haben die Wissenschaftler diesen Effekt herausgerechnet und festgestellt: Das Wohlbefinden von Arbeitnehmern wird durch Befristung erheblich beeinträchtigt. Der Grund dafür sei die fehlende Arbeitsplatzsicherheit. Angesichts ihrer Ergebnisse raten Chadi und Hetschko von einer voreiligen Flexibilisierungspolitik ab: Eine solche Politik müsste die negativen Auswirkungen

auf das Wohlbefinden der Beschäftigten mindestens kompensieren, etwa indem sie die Jobchancen von Arbeitslosen verbessert. Ob Arbeitsmarktflexibilisierung jedoch überhaupt zu einer sinkenden Arbeitslosigkeit führt, ist wissenschaftlich umstritten.

Quelle: Adrian Chadi, Clemens Hetschko: Flexibilisation without Hesitation? Temporary Contracts and Workers' Satisfaction, IAAEU Discussion Paper Series in Economics No. 04/2013

Mehr Infos unter [boecklerimpuls.de](#)

# Familienfreundliche Regelungen eher selten

**Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen können zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen beitragen. Das Potenzial dazu ist jedoch längst nicht ausgeschöpft, zeigt eine Analyse des WSI.\***

Familienfreundliche Arbeitsplätze werden immer wichtiger, schreiben Christina Klenner, Wolfram Brehmer, Mareen Plegge und Yan Bohulskyy. Als Gründe nennen sie eine höhere Frauenerwerbstätigkeit, die stärkere Einbindung von Vätern in die Kinderbetreuung und die wachsende Zahl pflegebedürftiger Angehöriger. Die WSI-Wissenschaftler haben den Stand der tariflichen und betrieblichen Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf untersucht. Dafür haben sie die 110 wichtigsten Flächen- und Firmentarifverträge sowie Daten der WSI-Betriebsrätebefragung 2011 ausgewertet und Expertengespräche mit acht Vertretern von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden geführt.

Aus empirischen Untersuchungen ist bekannt, dass tarifgebundene Betriebe mit Betriebsräten häufiger eine familienfreundliche Personalpolitik betreiben als Betriebe ohne Arbeitnehmervertreter oder Tarifvertrag. Die WSI-Forscher attestieren jedoch auch hier noch erheblichen Ausbaubedarf. So kommen sie zu dem Ergebnis, „dass Familienfreundlichkeit in den letzten Jahren trotz einzelner neuer und teilweise innovativer Regelungen weder auf der tariflichen noch auf der betrieblichen Ebene ein Schwerpunkt der Regulierungsbemühungen gewesen ist“.

**Wenig Fortschritte seit 2005:** Von den ausgewerteten Tarifverträgen enthalten der Studie zufolge 90 Prozent in irgendeiner Weise Regelungen zu familiengerechten Arbeitsbedingungen. Bei rund vier von fünf Verträgen habe es seit 2005 allerdings keine Änderung in diesem Bereich gegeben. Die nach 2005 abgeschlossenen tariflichen Regelungen beziehen sich vor allem auf Langzeitkonten und die bezahlte Freistellung von Eltern, auf Teilzeitarbeit, unterstützende Maßnahmen nach der Elternzeit und Qualifizierungsrechte für Mütter und Väter. Nur in einzelnen Firmentarifverträgen finden sich auch neue Bestimmungen zur Bereitstellung von Kita-Plätzen.

**Demografie-Tarifverträge stärken auch Familienfreundlichkeit.** Dort, wo innovative familienfreundliche Regelungen abgeschlossen wurden, geschah das nach Analyse der Forscher häufiger im Kontext von Demografie-Tarifverträgen: Neue Ansätze für die Gestaltung der Lebensarbeitszeit wie der Demografiefonds in der Chemischen Industrie, das Langzeitkonto in der Metallindustrie oder das Zeitwertkonto bei der Deutschen Post sollten in erster Linie älteren Beschäftigten einen gleitenden Übergang in den Ruhestand erleichtern. Familienfreundlichkeit komme dabei im „Huckepackverfahren“ zustande, zusammen mit dem vorrangigen Ziel altersgerechter Arbeitsbedingungen. Das Potenzial solcher Modelle für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei aber nicht gering zu schätzen, so Klenner und ihre Kollegen.

**Vereinbarung in jedem achten Betrieb:** Von den Teilnehmern der WSI-Betriebsrätebefragung 2011 gaben zwölf Prozent an, dass es bei ihnen Betriebsvereinbarungen zum Thema Familienfreundlichkeit gebe. Weiter verbreitet als im Durchschnitt sind solche Vereinbarungen in Großbetrieben, im Kredit- und Versicherungsgewerbe, in Betrieben mit einem hohen Frauenanteil sowie in solchen mit Tarifvertrag. Generell „sind auch auf betrieblicher Ebene Kollektivvereinbarungen zu familiengerechten Arbeitsbedingungen selten“, stellt das WSI fest. Und daran werde sich voraussichtlich wenig ändern: Von den Betrieben ohne eigene Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie plane in näherer Zukunft fast keiner, entsprechende Vereinbarungen abzuschließen. Die Zahl der Einrichtungen mit familienfreundlichen Betriebsvereinbarungen schein sich also auf niedrigem Niveau zu stabilisieren.

Die bestehenden Vereinbarungen regeln der Analyse zufolge vor allem Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Elternzeit stellen – etwa den beruflichen Wiedereinstieg, die Beteiligungsrechte des Betriebsrats oder die Informations- und Weiterbildungsrechte von Vätern und Müttern in Elternzeit. Spezielle Angebote für Väter, externe Familienberatung oder betriebliche Unterstützung bei der Kinderbetreuung seien dagegen eher selten. Alles in allem, so das Fazit der Forschergruppe, zeige sich, dass Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen zwar

Potenziale zur Gestaltung familiengerechter Arbeitsbedingungen bieten, diese aber in der Breite derzeit nicht ausgeschöpft werden. ◀

## Wenig familienfreundlich

Betriebsvereinbarungen zu Elternzeit und Familienfreundlichkeit haben von den Betrieben\* in den Branchen ...



\* Angaben von Betriebsräten, repräsentativ für Betriebe ab 20 Beschäftigten mit Betriebsrat; Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2011 © Hans-Böckler-Stiftung 2013

\* Quelle: Christina Klenner u. a.: Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen in Deutschland: Eine empirische Analyse, WSI-Diskussionspapier Nr. 184, Mai 2013 [Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Banken brachten die Krise nach Europa

Deutsche und französische Banken haben die Schuldenprobleme der europäischen Krisenstaaten mitverursacht, so eine Analyse des IMK.\* Zwei Dinge sind nötig, um die Krise zu beenden: die Abkehr von der übermäßigen Sparpolitik und die Stabilisierung der Märkte für Staatsanleihen.

Die größten Gläubiger von Griechenland, Portugal, Irland, Italien und Spanien waren bis zum Ausbruch der Eurokrise französische und deutsche Investoren, besonders Banken, so Fabian Lindner. Der Forscher des IMK hat unter anderem Daten zu den Auslandsforderungen von Kreditinstituten ausgewertet, die die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) veröffentlicht. Sie erlauben, die Rolle der Banken beim Ausbruch der Krise im Euroraum nachzuzeichnen: Im Zuge der Krise des US-Hypothekenmarktes ab 2007 erlitten deutsche und französische Geldinstitute hohe Verluste. Um wieder Eigenkapital aufzubauen, kündigten sie unter anderem Kredite an die heutigen Krisenländer. „Die Subprime-Krise hat somit über die Reaktion der Banken ganz wesentlich zur Eurokrise beigetragen“, fasst Lindner zusammen.

**Die Subprime-Krise ...** Vor der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 hielten Geldinstitute aus Frankreich und Deutschland fast ein Viertel der von der BIZ erfassten Bankforderungen gegenüber den USA. Noch stärker engagiert waren nur Banken aus Großbritannien und der Schweiz. Insgesamt hatten europäische Banken besonders häufig über gering regulierte außerbilanzielle Zweckgesellschaften verbriefte US-Hypotheken gekauft. Solche „Schattenbanken“ müssen nur ein geringes Eigenkapital halten, haben also einen hohen Verschuldungsgrad. Darüber hinaus sind ihre Schulden meist kurzfristiger Natur, müssen also in kurzen Abständen refinanziert werden.

Bereits im August 2007 froh die französische Bank BNP Paribas zwei Fonds ein, die im US-Hypothekenmarkt engagiert waren. Auch andere Banken, die auf Produkte auf Basis von US-Immobilien gesetzt hatten, bekamen zunehmend Probleme, sich auf den privaten Finanzmärkten frisches Geld zu

beschaffen. Die zweite Bank nach Lehman Brothers, die der Subprime-Krise zum Opfer fiel, war eine deutsche: die IKB, die viel mit US-Hypothekenverbriefungen gehandelt hatte. Vom August 2007 bis zum August 2008 entfielen elf Prozent der weltweiten Abschreibungen von Banken aufgrund der Subprime-Krise auf deutsche Institute. Diese Größenordnung entspricht dem Anteil, den Banken aus Deutschland an allen Forderungen gegenüber den USA hatten.

... wird zur Eurokrise. Mitte 2008 waren französische und deutsche Geldinstitute auch die größten ausländischen Gläubiger der späteren Krisenländer – und zwar nicht nur der Staaten, sondern auch der Privatsektoren in den Ländern: Bei ihnen lagen 60 Prozent dieser Bankforderungen gegenüber Italien, 45 Prozent gegenüber Spanien, 42 Prozent gegenüber Griechenland, 37 Prozent gegenüber Irland und 33 Prozent gegenüber Portugal. Die EU-Kommission verlangte nun 2009 von allen Banken, die sich aufgrund hoher Verluste wegen der Subprime-Krise von den Staatsregierungen hatten retten lassen müssen, die Reduzierung ihrer Kreditvergabe.

In Deutschland bauten die international agierenden Banken daraufhin vor allem Auslandsforderungen ab, sie kündigten also Kredite oder ließen diese auslaufen. Neben Staatsanleihen waren das vor allem die so genannten Interbankenkredite. Diese vergeben Banken untereinander, um sich gegenseitig mit Liquidität zu versorgen. Zwischen dem 2. Quartal 2008 und dem 4. Quartal 2012 – dem letzten Quartal, für das Daten vorliegen – haben die von der BIZ befragten Banken ihre Forderungen gegenüber den Krisenländern um 42 Prozent reduziert und diesen Ländern damit massive Finanzierungsprobleme beschert. Die Hälfte des gestrichenen Kreditvolumens geht auf das Konto französischer und deutscher Institute. „So hat sich die Krise der Banken zur Euroraumkrise ausgeweitet“, schreibt der IMK-Forscher.

In den südeuropäischen Ländern habe sich der Rückzug der Banken als „Sudden Stop“ ausgewirkt, eine Art Vollbremsung bei der Finanzierung, so Lindner. Sie traf einheimische Geldinstitute und Produktionsunternehmen, vor allem aber die Regierungen. Denn die hatten infolge der Krise einen erhöhten Finanzbedarf – unter anderem, um den Finanzsektor zu stabilisieren. Sie fanden aber nun deutlich weniger Käufer für ihre Staatsanleihen. Krisenverschärfend wirkten dabei die politischen Rahmenbedingungen, zeigt die Analyse des IMK-Wissenschaftlers:

## Geld-Entzug

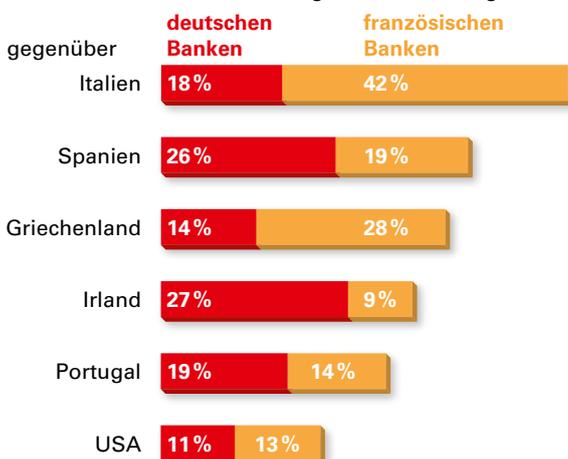
Seit Mitte 2008\* reduzierten ausländische Banken ihre Forderungen gegenüber den EU-Krisenländern um ...

42 %

\* zwischen dem 2. Quartal 2008 und dem 4. Quartal 2012; Quelle: Lindner 2013  
© Hans-Böckler-Stiftung 2013

## In großem Stil im Ausland engagiert

Im zweiten Quartal 2008 betragen die Forderungen\* von



\* gemessen an allen ausländischen Forderungen; Quelle: Lindner 2013  
© Hans-Böckler-Stiftung 2013

**Basel II.** Die Eigenkapitalvorschriften des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht – kurz: Basel II – müssen europäische Banken seit 2007 anwenden. Seitdem bemisst sich das Eigenkapital, mit dem eine Bank eine Kreditvergabe unterlegen muss, nach dem laufend zu aktualisierenden Risiko. Basel II wirkt damit stark prozyklisch: Im Aufschwung ist eine Kreditvergabe weitaus leichter möglich als im Abschwung, weil das Ausfallrisiko in einer Rezession zunimmt.

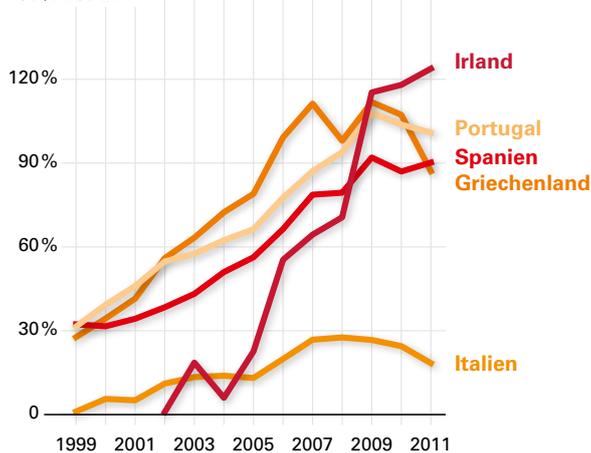
**Die Architektur des Euroraums.** Aufgrund der so genannten Nicht-Beistandsklausel in den Europäischen Verträgen haften Euroländer untereinander nicht für ihre Schulden. Darüber hinaus ist der Europäischen Zentralbank der Kauf von Staatsanleihen verboten. „Gläubiger haben in der Krise erfahren, dass ein Land ohne Kontrolle über die eigene Währung pleitegehen kann“, erläutert Lindner. Verlangen sie ihr Geld nicht rechtzeitig zurück, laufen sie Gefahr, auf ihren Forderungen sitzen zu bleiben – so geschehen in Griechenland. Um dann nicht selbst pleitezugehen, müssen sie ihre Forderungen schnell verringern.

Normalerweise bilden Staatsanleihen den sicheren Anker für jedes Finanzsystem – allerdings nicht, wenn die Möglichkeit der Staatsinsolvenz besteht. „Für eine Lösung der Krise braucht es ein klares Bekenntnis, dass es nicht zu weiteren Abschreibungen auf Staatsanleihen kommt“ und dass die ungesunde Sparpolitik aufgegeben werde, empfiehlt der Wissenschaftler. Denn die Sparanstrengungen belasten auch die Banken durch immer mehr Privat- und Unternehmensinsolvenzen in den Krisenländern infolge des starken Wachstumseinbruchs. Nach der Stabilisierung sowohl des Marktes

für Staatsanleihen – hier könnte die EZB als „lender of last resort“ agieren – als auch der Realwirtschaft spricht Lindner sich für eine härtere Bankenregulierung aus, um zukünftigen Kreditblasen vorzubeugen. ◀

## Wachsende Schuldenberge

Die Auslandsverbindlichkeiten betragen in ...  
150% des BIP



Quelle: Lindner 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

\* Quelle: Fabian Lindner: Banken treiben Eurokrise, IMK Report 82, Juni 2013  
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

## UMWELT

# Weniger Wochenstunden, weniger CO<sub>2</sub>

**Um den Klimawandel aufzuhalten, müssen effizientere Produktionstechniken zum Einsatz kommen. Doch das allein wird kaum reichen. Eine sozial verträgliche Strategie zur Begrenzung des Ressourcenverbrauchs könnten kürzere Arbeitszeiten sein.**

Die Europäische Union will den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen drastisch senken, bis 2050 um 80 Prozent oder mehr im Vergleich zum Niveau von 1990. Gemessen am heutigen Emissionsniveau müssten Industrie und Verbraucher in Europa die Emissionen jedes Jahr um rund vier Prozent reduzieren, wenn das EU-Klimaziel eingehalten werden soll, wie IMK-Abteilungsleiter Andrew Watt berechnet hat. \* Allerdings war der Fortschritt zumindest in der Vergangenheit deutlich langsamer – von 1998 bis 2008 sank der Ausstoß an Treibhausgasen in der EU um insgesamt gerade einmal 4,3 Prozent. Gelingt es nicht, den ressourcenschonenden technischen Fortschritt „bedeutend und dauerhaft zu beschleunigen“, so Watt, führt längerfristig kein Weg an einem langsameren Produktionswachstum vorbei.

Das hätte jedoch gravierende soziale Folgen. Bei weiter steigender Produktivität kostet eine Drosselung der Produktion ohne weitere Regulierung Jobs. Soll das Beschäftigungsniveau dagegen aufrechterhalten werden, bleibt nach Watt nur eine Möglichkeit: kollektive Arbeitszeitverkürzung. Statt mehr zu arbeiten, um mehr zu verdienen, hieße die Parole eher: weniger arbeiten, um weniger die Umwelt zu belasten. Wie stark die Wochenarbeitszeit bis 2050 zurückgehen muss-

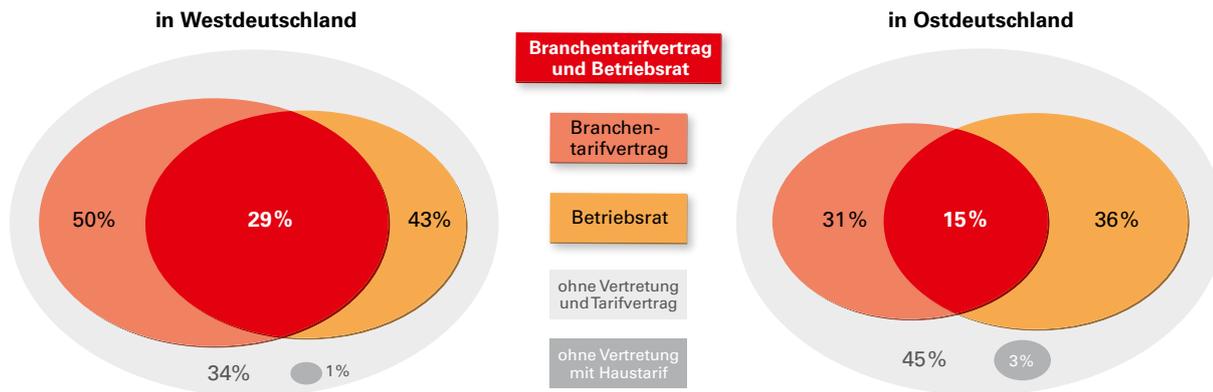
te, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß wie geplant herunterzufahren, ist schwer vorherzusagen. Allerdings lassen sich verschiedene Szenarien bestimmen. Watt hat eine Beispielrechnung für den Extremfall angestellt: Wenn sich das Tempo der Effizienzverbesserung in den kommenden Jahrzehnten überhaupt nicht erhöhen sollte, müsste die Wochenarbeitszeit in Europa auf nur gut 10 Stunden sinken, um sowohl Klimakatastrophe als auch Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Würde sich die Rate der jährlichen Energieeinsparung verdoppeln, ließen sich beide Ziele bereits mit einer um 6,5 Stunden verkürzten Arbeitswoche erreichen.

Allerdings müssten die Effizienzsteigerungen beziehungsweise Arbeitszeitverkürzungen Watt zufolge um einiges höher sein, wenn ein weiterer Aspekt berücksichtigt wird: Verlagerungen von energieintensiver Produktion ins Ausland dürfen nicht als Klimaerfolg gewertet werden. In jedem Fall müssten aber Verteilungsfragen gelöst werden, so der Ökonom. Denn weniger Einkommen und mehr Freizeit sei für viele gut Verdienende wohl eine akzeptable Aussicht, aber nicht für Geringverdiener. ◀

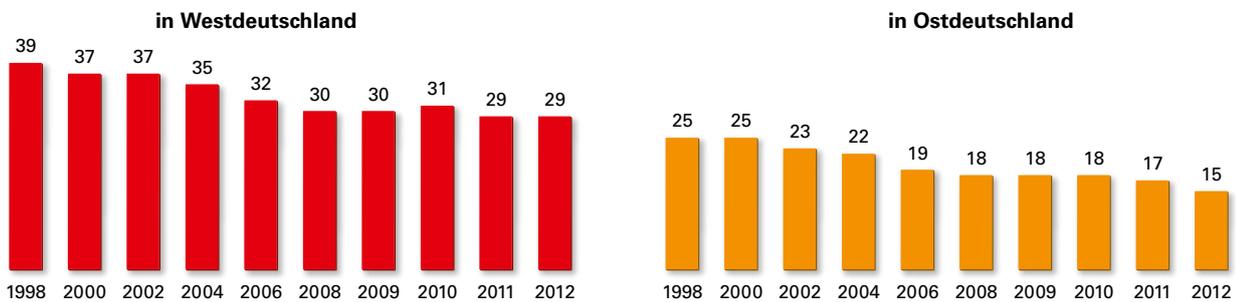
\* Quelle: A. Watt: Work less to pollute less?, ETUI Working Paper 8/2012  
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

## Vertretung auf Branchen- und Betriebsebene – der aktuelle Stand

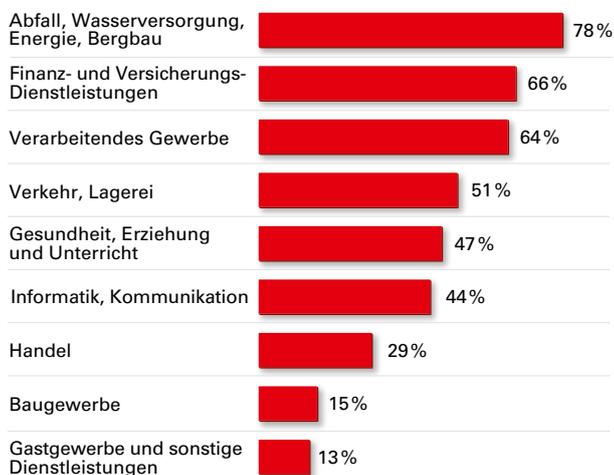
Von den Beschäftigten in privatwirtschaftlichen Betrieben arbeiteten 2012 mit...



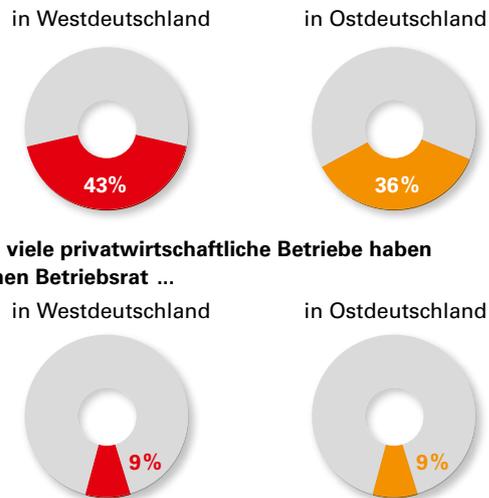
Von 100 Beschäftigten in privatwirtschaftlichen Betrieben arbeiteten mit Branchentarifvertrag und Betriebsrat...



### So viele Beschäftigte werden durch einen Betriebsrat vertreten in der Branche...



### Betriebsratsgremien vertreten von den Beschäftigten der Privatwirtschaft...



Basis: Betriebe mit mindestens 5 Beschäftigten; Quelle: IAB-Betriebspanel 1996–2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

**MITBESTIMMUNG:** Tarifautonomie und Interessenvertretung durch Betriebs- oder Personalräte sind die Säulen, auf denen das deutsche System der Arbeitsbeziehungen ruht. Peter Ellguth und Susanne Kohaut vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ermitteln jährlich, welche Reichweite die duale Interessenvertretung auf Betriebs- und Branchenebene hat. In die aktuelle Untersuchung sind Angaben von über 15.000 Betrieben eingeflossen. Sie bestätigt den Trend der Vorjahre: Der Anteil der Arbeitnehmer in Betrieben mit Betriebsrat und Flächentarifvertrag ist rückläufig. 2012 waren noch 29 Prozent der westdeutschen Beschäftigten in privat-

wirtschaftlichen Betrieben mit wenigstens fünf Beschäftigten in dieser „industriellen Kernzone“ tätig, in Ostdeutschland 15 Prozent. Mit Blick auf ihre Zeitreihen stellen die IAB-Forscher fest, dass der Rückgang in erster Linie auf Veränderungen der Tariflandschaft zurückgeht – bei „vergleichsweise moderaten Verlusten in der Reichweite der betrieblichen Mitbestimmung“. Zudem sei zu beachten, dass sich rund die Hälfte der Betriebe ohne Tarifbindung bei der Bezahlung zumindest an Tarifverträgen orientiert.

\* Quelle: Ellguth, Kohaut: Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2012, in: WSI-Mitteilungen 4/2013

Mehr Informationen unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Mehr Niedriglöhne als die Nachbarn

Der deutsche Niedriglohnsektor ist einer der größten in der EU. Ein substanzieller Mindestlohn und die Stabilisierung des Tarifsystems könnten das ändern.

22,2 Prozent der Beschäftigten in Deutschland mussten nach der aktuellsten Europäischen Lohnstrukturerhebung im Jahr 2010 mit einem Niedriglohn auskommen. Sie verdienen weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohnes. Damit hat die Bundesrepublik den siebtgrößten Niedriglohnsektor in der EU, erläutert WSI-Tarifexperte Thorsten Schulten.\* Höher war der Anteil der niedrig bezahlten Arbeitnehmer nur in den drei baltischen Staaten, in Rumänien, Polen und Zypern. Im Durchschnitt der EU erhielten 17 Prozent der Beschäftigten einen Niedriglohn. „Durch die Krise und die harte Sparpolitik in Südeuropa mag sich die Situation dort seit 2010 verschlechtert haben“, sagt Schulten. „Aber das ändert nichts daran: Deutschland kann einfach nicht damit zufrieden sein, dass hier mehr als ein Fünftel der Arbeitnehmer so gering bezahlt wird.“

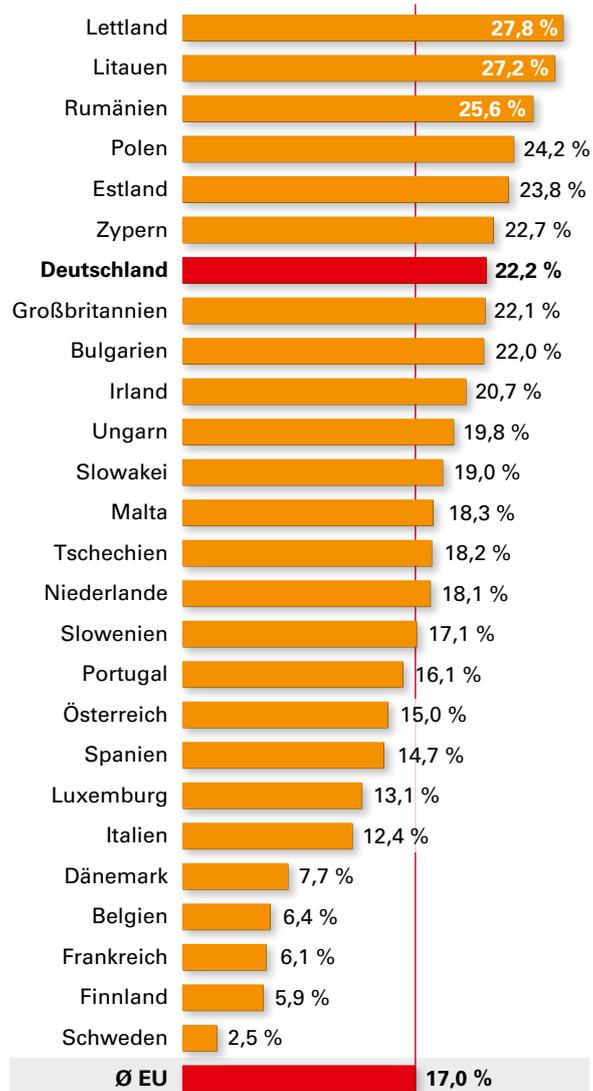
**Leichter Rückgang oder Zunahme?** Zwar hat sich der Niedriglohnbereich zuletzt längst nicht mehr so stark ausgeweitet wie in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren. Ob das Wachstum vollständig gestoppt ist, lässt sich allerdings bislang nicht klar feststellen – unterschiedliche statistische Quellen deuten auf unterschiedliche Trends hin. So meldete das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) für 2007 bis 2010 eine Stagnation oder einen leichten Rückgang des Niedriglöhner-Anteils, je nach verwendeter Niedriglohnschwelle. An den absoluten Zahlen hat sich nach Analyse der Forscher von der Uni Duisburg-Essen nichts geändert: Rund acht Millionen Menschen verdienen weniger als 9,15 Euro. Bei diesem Stundenlohn setzen die Wissenschaftler auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) die Niedriglohnschwelle an.

Dagegen verzeichnet das Statistische Bundesamt, das im Herbst 2012 einen Vergleich der Verdienststrukturerhebungen von 2006 und 2010 veröffentlichte, für diesen Zeitraum eine weitere Zunahme der Niedriglohnquote. Besonders stark betroffen: Menschen in atypischen Arbeitsverhältnissen wie Minijobs oder Leiharbeit. Zudem stellten die amtlichen Statistiker einen deutlichen Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Tarifverträgen fest: Während 2010 von den Beschäftigten in Betrieben ohne Tarifvertrag 31 Prozent für einen Niedriglohn arbeiteten, waren es in tarifgebundenen Firmen knapp 12 Prozent.

**Tarifbindung wirkt positiv.** Auch beim Europa-Vergleich hat WSI-Forscher Schulten beobachtet, dass in Ländern mit hoher Tarifbindung Niedriglöhne meist deutlich seltener sind – und dass Staaten den Niedriglohnsektor durch Regulierung unter Kontrolle halten können. Am geringsten ist die Niedriglohnquote in Schweden. Dort sind knapp 70 Prozent der Beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder, für mehr als 90 Prozent gelten Tarifverträge. Ähnlich ist die Situation in Dänemark sowie in Finnland, wo Tarifverträge zudem häufig per Allgemeinverbindlicherklärung auf Betriebe ohne Tarifbindung übertragen werden. Das geschieht auch in Frankreich und Belgien. Zusätzlich setzen diese beiden Länder mit gesetzlichen Mindestlöhnen eine Untergrenze von mehr als 9 Euro in der Stunde.

## EU: Ein Sechstel schlecht bezahlt

Für einen Niedriglohn arbeiteten\* 2010 in ...



\* von allen Arbeitnehmern in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten  
Quelle: Eurostat 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Beide Instrumente könnten auch in Deutschland helfen, Niedriglöhne zu reduzieren, sagt WSI-Tarifexperte Schulten. Allerdings lege der europäische Vergleich auch nahe, dass Lohnuntergrenzen erst ab einer bestimmten Höhe wirken. In Rumänien, Estland oder Ungarn lägen die Mindestlöhne lediglich bei rund einem Drittel der durchschnittlichen Verdienste. Das sei offenbar zu wenig, um große Niedriglohnbereiche zu verhindern. ◀

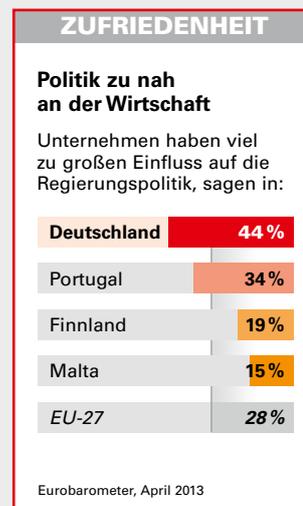
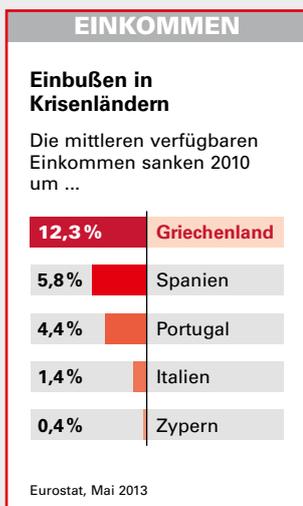
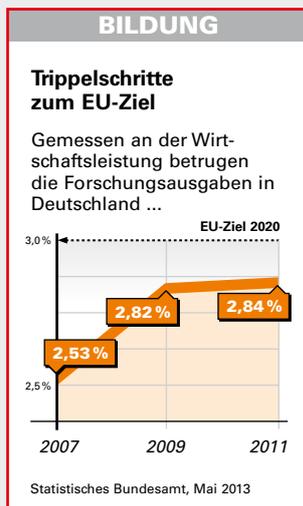
\* Quelle: Thorsten Schulten: WSI-Mindestlohnbericht 2013 – Anhaltend schwache Mindestlohnentwicklung in Europa, in: WSI-Mitteilungen 2/2013  
Mehr Infos unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

## Impressum

**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);  
**Chefredaktion:** Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,  
 Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp  
 Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;  
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;  
**Druck und Versand:**  
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei  
 nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle),  
 weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben  
 unter boecklerimpuls.de

## TrendTableau



► **STEUERN:** Deutsche Unternehmen rechnen sich gegenüber dem Fiskus offenbar erfolgreich arm: Einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge liegen die tatsächlichen Gewinne der Unternehmen um rund 90 Milliarden Euro pro Jahr über dem Wert, der in der Steuerstatistik erfasst ist. Damit erreiche der effektive Steuersatz auf Unter-

nehmensgewinne nur etwa 21 Prozent, während die Betriebe laut Steuertarif im Jahr 2008 annähernd 30 Prozent ihres Gewinns hätten abführen müssen. Zwar lasse sich nicht genau erklären, wie es zu den unterschiedlichen Beträgen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einerseits und der Steuerstatistik andererseits komme. Auffällig sei jedoch das hohe Niveau der

steuerlichen Verluste beziehungsweise Verlustvorträge: „Dies deutet auf Steuerbefreiungen, Steuervergünstigungen oder Gestaltungsmöglichkeiten hin, die systematisch zu deutlich reduzierten Besteuerungsgrundlagen führen“, erläutert Studienautor Stefan Bach. Mit Schätzfehlern allein lasse sich der Unterschied von 90 Milliarden Euro jedenfalls nicht erklären. Tatsächlich sei-

en die Gestaltungsmöglichkeiten bei der Gewinnbesteuerung weiterhin groß. Hinzu komme ein generelles Problem: „Durch das komplizierte Steuerrecht und die magere Personalausstattung sind die Finanzbehörden nur bedingt in der Lage, einen effektiven Vollzug der Steuergesetze zu garantieren.“

DIW, Mai 2013